

# Dresdner Volkszeitung

Postleitzahl: 5218. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Postleitzahl: Geb. Arnold, Dresden.

Aboptionspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 200 R. Durch zu Post bezogen vierzehnmal jährlich 600 R. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 200 R.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr. Repetition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftsstelle vom 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Abonnementpreis: die 7 gelöschte Sonntagsseite 50 Pf., darauf 40 Prozent Erweiterungsbeitrag, bei Familienangehörigen die Seite 60 Pf. (ohne Beilage). Interesse sind im vorraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorausgesetzten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefeinsendung 20 Pf.

Nr. 218.

Dresden, Sonnabend den 20. September 1919.

30. Jahrg.

## Der Mut zur Wahrheit.

Von A. Merckheim, Berlin.

Der Name des französischen Gewerkschaftsführers Merckheim ist, so schreibt der Vorwärts, in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung aller Länder schon lange vor dem Kriege bekannt gewesen. Auch während des Krieges ist er als so genannter "Sienthaler" hervorgetreten. Damit ist zugleich betont, daß er sicherlich nicht zu den Freunden der deutschen Arbeiterschaftsmonarchie gehört. Um so wertvoller und unbefangener sind aber die folgenden Ausführungen, die er als Vorwort zu einer jüngst erschienenen Broschüre eröffnen. Sie sind von ihm über "Die wirtschaftliche Revolution" geschrieben und deren Überzeugung der Vorwärts dem Genossen P. Webb, London, einem in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch in den deutschen sozialistischen Vereinen in Paris tätigen Parteimitglied, verdankt. Mag Merckheim als "Sienthaler" mit dem radikalen Flügel der deutschen Arbeiterschaft mehr sympathisieren als mit unserer Richtung, er hat ein vernichtendes Urteil über die unabhängige und kommunistische Demagogie gefällt.

Wir entnehmen der im Vorwärts veröffentlichten Übersetzung folgendes:

Von zahlreichen Kollegen, und insbesondere von solchen aus den Reihen der Eisenbahner und auch aus verschiedenen Organisationen erhielt ich Broschüren, in denen verlangt wurde, daß ich die Stelle als Broschüre veröffentlichen sollte, weil sie sich gerade mit den Dingen beschäftigte, die die organisierte Arbeiterschaft gegenwärtig hauptsächlich interessierten. Doch nicht allein, um dem Wunsch meiner Freunde zu entsprechen, habe ich mich schließlich zur Veröffentlichung bereit erklärt, sondern vor allem, weil wir uns in einer entscheidenden Stunde befinden, in einem Moment, wo wir in der Arbeiterbewegung Täglichen den Mut haben müssen, zu sprechen; weil wir uns nicht von der unorganisierten Masse, von der entsetzlichen Menge beherrschen und mittreiben lassen dürfen, die durch die Not auf die Straße geslohen wurde und nun einfach die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse mit Hilfe von Lohn erhöhungen verlangt.

Die Führer in der Arbeiterbewegung schulden der Masse die Wahrheit, die volle Wahrheit. Selbst wenn die Wahrheit ihnen den Hoh und die Verleumdung einträgt und wenn es selbst ein unbegrenzt Hoh ist, dem sie sich anschließen.

Nun ist es aber eine Wahrheit für alle diesejenigen, die denken können, daß auf die Unruhe, von der die Massen durchzüttelt werden, alle einzige und allein auf die Erhöhung der Löhne hinauslaufenden Lösungen nicht nur ohne Einfluß sind, sondern auch im absoluten Gegensatz zu den natürlichen wirtschaftlichen Gesetzen stehen. Es ist unabwendbar, die gegenwärtige Form der Güterproduktion und -verteilung völlig umzuformen, wenn man eine wirtschaftliche und dauerhafte Verbesserung erzielen will, und man kann und soll dazu gelangen durch die Macht der Organisation.

Sie Stunde wird jede durch die Arbeiter errungene Lohn erhöhung unmittelbar verfolgt von einer mindestens gleichwertigen, meist jedoch noch höheren Steigerung der Lebenshaltung.

Es ist gegenwärtig so leicht, den Weißfall der Massen zu erringen, wenn man ihren natürlichen Instinkten schmeidet.

Seit der Kriegserklärung war die der Presse von den Kriegserklärenden übergebene Parole: "Ihr müßt die Siedlungen des Hohes sein" und die Presse hat seit fünf Jahren nicht einen Augenblick ausgeholt, den Hoh zu hören. In der Lage und im Hoh, im individuellen Egoismus, den man noch Möglichkeit erinnert, und der nach Kräften betriebenen Ausbeutung persönlicher Begierden hat man die Kraft zur Verlängerung des Krieges gefunden und es verstanden, diese Verlängerung durch die arbeitenden Massen akzeptieren zu lassen. Herz und Hirn der einzelnen Individuen ist erfüllt von Egoismus und Hoh und von nichts als Hoh.

Deshalb sorgen auch die Massen, wenn man ihnen von einer Erhöhung der Löhne spricht und ihnen anrägt, ihre Produktion nicht zu erhöhen oder sie gar zu beschränken. Es ist leicht, frenetischen Beifall zu ernten, wenn man den Verhältnissebeschwerden erzählt, daß Güter in überfülle da seien und daß jeder ohne Einschränkung verbrauchen, seinen Wohlstand erhöhen und Löhne durchsetzen könne, die es ihm ermöglichen würden, seine persönlichen Wünsche und Anträge an das Leben erfüllt zu sehen, ohne die Gütererzeugung beeinflussen zu müssen.

Welches auch der Redner sein möge, der so zur Masse spricht, er ist sicher, damit ungeheuren Beifall zu erzielen. Es ist der Instinkt der Masse, dieser reizenden Woge der Straße, der darin triumphiert; denn er kennt nur einen Gedanken: Hassen, und sonst heißt er auch die Produktion und in notwendiger Folge auch die Arbeit. Das ist Ihr Werk. Ihr Herren von der Regierung und Ihr Herren Journalisten! Das ist das Resultat fünftägiger unzähliger Lügen und des ununterbrochenen Aufrufs zum Hoh gegen die Masse!

Aber man läudet sich nicht. Der Rückslag wird eintreten und die Begeisterung dieser bösen Masse wird abschwören. Sie wird wieder in ihre alte Gleichgültigkeit zurückfallen, ohne

irgendeinen Anhalt und ohne Macht, wird irgendeiner Diktatur zum Opfer fallen, der Diktatur eines Cäsar oder einer Reaction, welche die Sivilisation nur wiederum zerstören wird.

Deshalb müssen alle wahren Freunde der Arbeiterklasse gegenwärtig den Mut haben, sich nicht von ihren Organisationprinzipien abdrängen und durch jene Masse beherrschen zu lassen. Sie sollen ihr sagen, unempfindlich für alles Geldrei und alle Verleumdung, daß diejenigen, die da behaupten, es sei angegangen, viel zu verzehren und wenig zu erzeugen, die Arbeiterschaft täuschen und Ihnen eine Zukunft unlänglicher Leiden und Entbehrungen vorbereiten.

Mut heißt es, der Masse zu sagen, ihr es immer wieder einzutragen, daß jeder einzelne zu gleicher Zeit Erzeuger und Verbraucher und daß die unauslöschliche Weiterentwicklung der Erzeugung unabdingt nötig ist.

Mut heißt es, laut hinauszurufen, daß die rein politische Revolution, die den Brust der Massen umhüllt, unfehlbar ist, das soziale Problem, dessen beschleunigte Lösung der Krieg unabwendbar gemacht hat, auch wirklich zu lösen.

Mut ist es, der Masse immer und immer wieder zu sagen, daß die Revolution, die vorbereitet werden muß, die wirtschaftliche Revolution ist, und daß diese nicht in der Straße durchgeführt werden wird durch eine entfesselte, nicht denkbare Menge, die mir zerstört aus Lust an Verstörung und Blödung.

Doch dagegen in der Wirklichkeit eine wirtschaftliche Revolution, die ihre Kraft in der Arbeit findet und sich stärkt, fortentwickelt und erfüllt durch eine verstärkte Gütererzeugung auf den Feldern, in den Werkstätten und Fabriken, durch eine verbesserte Anwendung aller wissenschaftlichen und sonstigen Produktionsmethoden.

## Die Antwort an die Entente.

Berlin, 19. September. Den verbündeten und assoziierten Regierungen ist vom deutschen Vertreter in Versailles seine Note übermittelt worden:

Die deutsche Regierung stimmt mit der in der Note der verbündeten und assoziierten Regierungen am 11. September durchgelegte Auflösung überein, daß sobald die deutsche Verfassung und der Friedensvertrag miteinander im Widerspruch stehen, die Verfassung nicht vorgeben kann. Sie hat bereits erklärt, daß sie in Konsequenz dieses Standpunktes und indem sie die von den verbündeten und assoziierten Regierungen verlangte Beilegung des Artikels 80 des Friedensvertrages annehmen, den Artikel 61 Absatz 2 der deutschen Verfassung als fraktil erachtet, solange nicht der Völkerbundrat einer entsprechenden Änderung der internationalen Lage Österreich zugestimmt hat. Sie hat nichts dagegen eingewendet, diese Erklärung nunmehr in der Form abzugeben, die in der Urkunde der Note vom 11. September vorgeschlagen worden ist. Zu diesem Zwecke hat sie den Unterzeichneten mit der gebührenden Vollmacht vertrauen und ihn anwiesen, mit den Vertretern der verbündeten und assoziierten

Regierungen wegen des Beipunktes der Beilegung der Erklärung in Verbindung zu treten.

Im übrigen sieht sich die deutsche Regierung genötigt, zu den Ausführungen der verbündeten und assoziierten Regierungen folgendes zu demerken: Es ist eine Erstellung des Wortlautes und des Sinnes der Ausschreibungen der deutschen Note vom 6. September, wenn gesagt wird, die deutsche Regierung wolle die Ausführung vertreten, daß kein Artikel der Verfassung, wie sein klarer Wortlaut auch immer sei, mit dem Friedensvertrage in Widerspruch stehen könnte, weil in der Verfassung ein anderer Artikel des Inhalts steht, daß seine Vorschriften dem Friedensvertrag Eintrag tun soll. Die deutsche Regierung hat vielleicht die Bedeutung des im Stabe liegenden Artikels 178 der Verfassung dahin gezeichnet, daß er u. a. dem Staat hat, jeden etwa vorwitzenden Widerspruch zwischen dem Wortlaut der Verfassung und den in ihrer Tragweite vielleicht zweifelhaften Bestimmungen des Friedensvertrages unter allen Umständen ausgleichen. Daß auch der Artikel 80 des Friedensvertrages zu diesen in ihrer Tragweite nicht ohne weiteres und unabweislichen Bestimmungen gehört, zeigen die Ausführungen, womit die deutsche Regierung ihre ursprünglich von der Auflösung der verbündeten und assoziierten Regierungen abweichende Auslegung des Artikels begründet hat. Nach einem allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze dürfen Bestimmungen, die eine Verstörend elementare Grundrechte bedeuten, nicht in erweiterndem Sinn ausgelegt werden.

Deutschland kommt nicht voraussehen, daß abweichend von dieser Regel das Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches seine Gegner so oft als einen Grundpfeiler ihrer Friedensbedingungen bezeichneten, gerade für Deutschland und Österreich noch mehr befehlenswert werden sollte, als der Wortlaut des Artikels 80 es zunächst erkennen ließ. Außerdem haben die verbündeten und assoziierten Regierungen bei ihren Ausführungen über den Artikel 178 der Verfassung außer acht gelassen, daß es sich bei der Verfassung eines Staates um ein Geist handelt, das seiner Natur nach Vorschriften von grundsätzlichem und zeitlich unbedeutendem Charakter enthält. Es entspricht durchaus den üblichen Formen der Gesetzgebung, wenn in einem solchen Grundgesetz allgemeine Normen aufgestellt, dabei aber im Einzelfalle auf bereits vorliegende oder vorgesehene Sonderfälle Ausnahmen vorbehalten werden. Derartige Ausnahmen von der allgemeinen Regel geben diese Regeln keineswegs auf, zumal wenn die Ausnahmen, wie dies bei den in Betracht kommenden Bestimmungen des Friedensvertrages geschieht, sich auf bestimmt Einzelsfälle beziehen oder zeitlich begrenzt sind oder selbst eine spätere Änderung vorstellen. Die Ausnahme des Artikels 178 in die deutsche Verfassung stellt daher keinen Angriff dar, sondern eine wohlgegrundete notwendige Ausnahme dar.

Es ist hierdurch keine Voraussetzung, die die verbündeten und assoziierten Regierungen zu der mit den ausdrücklichen Erklärungen der deutschen Regierung in Widerspruch stehenden Schlussfolgerungen gebracht haben, daß mit dem Artikel 81 Absatz 2 eine Vertragsbeilegung beabsichtigt gewesen sei. Die deutsche Regierung weist diese Unterstellung mit aller Schärfe zurück. Sie kann auch den ironischen, den internationalen Beiplogenheiten nicht entsprechenden Ton, mit dem die Völker der verbündeten und assoziierten Regierungen die feierlichen Erfahrungen der deutschen Regierung behandeln zu dürfen glaubt, nicht flüssigend hinnehmen. Die Tatsache, daß Deutschland den Krieg verloren hat, gibt keinen Grund, um die Gegner nicht das Recht, sich einer Sprache zu bedienen, die den Staat haben soll. Deutschland soll aller Welt zu verlegen.

Die deutsche Regierung wird den verbündeten und assoziierten Regierungen auf diesem Wege nicht folgen. Die Herbeiführung eines wirtschaftlichen Friedensstaates kann aber durch dieses Vorgehen der verbündeten und assoziierten Regierungen nur erschwert werden.

## Kapitalistische Verdrehungen.

Von Nikolaus Osterroth, M. d. R.

Die Sozialisierung tut den privatkapitalistischen Besitzern weh, wenn der zu sozialisierende Produktionszweig etwas abwirkt. Und anders zu sozialisieren, biebt den Unternehmern einen Dorn aus dem Fuß zischen. Es wird niemand wundern, wenn gerade die Braunkohlenmonopoliisten ihr Geschäft möglichst schlecht machen, um der Öffentlichkeit den Sozialisierungsgedanken zu verstellen. Denn das denkbare geeignete und reifste Objekt zur Sozialisierung ist der Braunkohlenbergbau. Das glaube ich durch einen Artikel bewiesen zu haben, der vor wenigen Wochen durch den größten Teil unserer Partei verlesen ging und der die Interessenten mobil machte gegen die Sozialisierung.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein in Halle bombardiert sofort einige Partieblätter mit "Berichtigungen", und um ganze Arbeit zu machen, verschafft er seine Berichtigung mit einem Artikel gleich in Vorschüttform an die bürgerliche Presse und an die Mitglieder der Nationalversammlung. Die Entgegnung ist nichts weiter als ein Verfuch, durch fiktive Zahlenfünftausenden und dreiste Verdrehungen den Lesern Sand in die Augen zu streuen. Wenn der Braunkohlenbergbau wirklich so unrentabel wäre, wie ihn seine Sachwalter hinstellen, so müßten sie ja das allergrößte Interesse an seiner Sozialisierung haben. Ich habe gar nicht bemerkt, daß man bei dem Mangel an statistischen Unterlagen darauf angewiesen ist, aus bekannten Zahlen Schlüsse zu ziehen auf unbekannte Größen. Wenn aber von falschen Zahlen geredet wird, so darf doch darauf hingewiesen werden, daß die Zahlen der "Widerlegung" noch viel weniger beweiskräftig sind; ja sie sind zum Teil greifbar falsch.

Aber man läudet sich nicht. Der Rückslag wird eintreten und die Begeisterung dieser bösen Masse wird abschwören. Sie wird wieder in ihre alte Gleichgültigkeit zurückfallen, ohne

Monate dieses Jahres mit 20 Millionen Tonnen angegeben wird, statt mit 28,85 Millionen Tonnen, so braucht das ja gewiß noch keine beweiste Fälschung zu sein; das Jahresergebnis kommt aber um 25 Millionen Tonnen zu kurz und ziela 500 Millionen Mark Wert sind, natürlich ganz unbedenklich, um die Ecke gebracht. Mit dem Rest manipuliert es sich dann viel leichter. Ein andres Beispiel für die Rechenkunst meiner geistigen Kritiker: Sie lassen 30 Prozent der mitteldeutschen Drittelterzeugung für Haushalte durch den Kleinhandel umsetzen und erzielen dafür nur 252 Millionen Mark, wobei sie mit einem "Rechenfehler" von etwa 900 tausend Millionen nachweisen". (Mit Kleinigkeiten geben sich die Herren nicht erst ab.) Dann lassen sie den Großhandelsumsatz an Drittelfett mit 450 Millionen Mark aufmarschieren und finden, daß der Gesamtumsatz der Werke, des Groß- und Kleinhandels nur 602 Millionen Mark beträgt. Adam Riese hätte allerdings 702 Millionen Mark aus den beiden Posten herabaddiert. Aber die Herren scheinen auf veraltete Autoritäten nicht zu geben. Die Rechenmethode ist immer für sie die richtige, bei der sie am besten fahren. Daß man so unter der Hand die mitteldeutschen Ergebnisse regelmäßig mit den Förder- und Rentabilitätsergebnissen Deutschlands verwechselt, um mich mit meinen Darlegungen absolut ins Unrecht zu setzen, ist wohl auch ganz unbedenklich.

Nach diesen kleinen Ehrlichkeitstests, die sich beliebig vermehren ließen, kann sich der Dichter schon selbst seinen Vers machen. Es kommt aber noch schöner. Daß gab die Förderleistung pro Kopf an auf 7,4